Bundesrat auszuüben. — Abg. Gamp (Reichsp.) wendet sich ebenfalls gegen Gothein. Dieser sei einer der energischsten Mitläufer der Sozialdemokratie. — Nachdem noch Abg. Dr. Arendt für den Kommissionsantrag eingetreten ist, wird dieser angenommen; ebenso weitere Etatreste und das Etatgesetz. Damit ist die zweite Lesung des Etats beendet. — Schluß der Sitzung 6½ Uhr. — Morgen 1 Uhr: Erste Lesung der Totalisatorvorlage; zweite Lesung betreffend Entschädigung unschuldig Verhafteter.

Berlin. (Priv.-Tel.) Die Reichstagskommission für den Gesetzentwurf, betr. die Bekämpfung der Reblaus, nahm heute die zweite Lesung des Gesetzes vor. Das Ausrottungsverfahren wurde als Regel aufgenommen. Eine längere Erörterung entstand wieder über die den Bundesstaaten zur Last fallenden Kosten der Bekämpfung der Reblaus. Schließlich wurde ein Vermittlungsantrag Gröber und Genossen, welcher die durch Vernichtung von Reblaus und Desinfektion des Bodens entstehenden Kosten den Kassen der Einzelstaaten, zu dessen Gebiet die Rebpflanzung gehört, auferlegt, angenommen. Trifft die Vernichtung Rebpflanzungen, die noch nicht verseucht und noch nicht verseuchungsverdächtig sind, so soll sich der Ersatzanspruch auf den vollen Betrag des Schadens erstrecken. Die Kommission beschloß, beim Präsidenten zu beantragen, daß die Verabschiedung des Gesetzes noch vor Pfingsten erfolgt.

Berlin. (Priv.-Tel.) Im Abgeordnetenhause fuhr Minister v. Budde in seiner Begründung der Kanalvorlage fort: Der Prozentsatz an der Masse der beförderten Güter sei in demselben Zeitraum von 21 auf 24 Prozent gestiegen, obwohl das Eisenbahnnetz sich um 87 Prozent verlängert habe. Die Menge der 1904 zur Beförderung auf dem Wasserwege erwarteten Güter betrage 15 Milliarden Tonnen-Kilometer. Die Steigerung des Verkehrs verteile sich gleichmäßig auf alle Wasserstraßen und habe den Eisenbahnverkehr nicht gehemmt; denn dieser habe sich in Deutschland so stark gehoben wie nirgends. Bestimmte natürliche Eigenschaften des Wassers sicherten diesem gewisse Vorzüge. Auf dem Wasserwege würde etwa ein Viertel der Dampf- und die Hälfte der Menschenkraft gebraucht, die für den Schienenweg nötig sei. Dafür sei der Wasserverkehr langsamer. Beide Beförderungsarten hätten ihre innere praktische Berechtigung. Es werde darauf ankommen, einen gerechten Mittelweg zu finden durch die Heraufsetzung der Kanalgebühren oder Herabsetzung der Gütertarife. Redner verweist dann noch auf die großen hygienischen Vorteile des Ausbaues von Wasserstraßen, die bei der Rentabilität mit in Rechnung gezogen werden müßten. Einem Eisenbahnminister und gar einem preußischen, dem man immer Fiskalität vorwerfe, werde man doch nicht zutrauen, den Bau von Wasserstraßen zu empfehlen, wenn die Rentabilität nicht ganz gesichert wäre. Nach den neuesten, erst heute früh abgeschlossenen Berechnungen betrug die Brutto-Einnahme der Eisenbahnen im letzten Jahre nicht, wie vorausgesetzt, 1511, sondern 1514,4 Mill.; der Betriebsüberschuß betrug nicht 600, sondern 607,9 Mill. Auf die Frage, ob Eisenbahnen oder Wasserstraßen, könne er nur antworten, Eisenbahnen und Wasserstraßen. (Beifall links.) Der Minister behält sich vor, in der Kommission durch reichhaltiges statistisches Material den Nachweis zu liefern, daß eine Entlastung der Eisenbahnen im niederrheinischen Industrierevier unbedingt nötig sei, und schließt in der Hoffnung auf Annahme der Vorlage, zum Segen des Landes und des Volkes. (Lebhafter Beifall links.) — Abg. Dr. am Zehnhoff (Zentr.): Der ausgesprochene Zweck des Kanalbaues sei die Verbilligung der Frachten, die ausschließlich der Massengüter verarbeitenden Großindustrie zugute komme. Zweifellos sei bei der heutigen schnellen Verbreitung technischer Fortschritte über alle Länder die Verbilligung der Transportkosten das beste Mittel, die Stellung auf dem Weltmarkte zu behaupten; andererseits würde aber durch den Kanal auch die Einfuhr ausländischen Getreides gefördert werden; da könne die Landwirtschaft erwarten, daß ihr entsprechende Schutzmaßnahmen zugesichert würden entweder durch Abschluß günstiger Handelsverträge oder durch Kündigung der bestehenden. (Lebhafter Beifall rechts.) Die neue Vorlage sei erst dadurch für seine Freunde diskutabel geworden, daß das Mittelglied fehle, und die östlichen Straßen für 400 Tonnen-Schiffe und die westlichen für 600 eingerichtet seien. Solange der Zusammenhang bestanden, sei die westliche Landwirtschaft auf das schwerste bedroht gewesen. Die Voraussetzung der alten Kanalvorlage, daß die Industrieprodukte des Westens nach Osten, die Landwirtschaftsprodukte des Ostens nach Westen geschafft würden, sei deshalb falsch gewesen, weil es auch im Osten Industrie und im Westen Landwirtschaft gebe. Die neue Vorlage sei besser als die alte; sie sei aber insofern gegen diese verschlechtert, als sie die Verkoppelung ganz heterogener Dinge bringe. Redner erörtert die einzelnen Vorlagen und stimmt den Vorlagen bezüglich der Verbesserung der Wasserstraßen zwischen Oder und Weichsel, wie der Warthe, ferner der Kanalisierung der Oder und der Herstellung eines Großschiffahrtsweges Berlin—Stettin zu, letzterem aber nur in der Voraussetzung, daß Schlesien ausreichende Kompensationen erhalte: Kanalisierung der Strecke nach Fürstenberg, oder, falls das nicht ausführbar, Herabsetzung der Eisenbahntarife. (Große Heiterkeit rechts.) Hinsichtlich des Rhein-Hannover-Kanals äußert sich Redner reserviert; er verlangt, damit die Ermäßigung der Transportkosten den Kohlenkonsumenten zugute komme, daß der Staat durch seine Organe Einfluß auf die Beschlußfassung der Syndikate gewinne. (Lebhafte Zustimmung rechts.) Die Beitragspflicht der Interessenten müsse streng durchgeführt werden. Wenn Hannover nicht zahle, werde man vielleicht Hamburg heranziehen müssen. (Allgemeine große Heiterkeit.) Die Folge des früheren Mittellandkanals wäre eine vollkommene Zerrüttung unserer Finanzen gewesen. (Unruhe links.) Durch die neue Vorlage würden die finanziellen Bedenken bedeutend abgeschwächt. Die Stellungnahme seiner Freunde zu dieser Kanalstrecke hänge von weiteren Aufklärungen in der Kommission ab. Notwendig seien Abwehrmaßregeln gegen die durch die Kanalbauten zu befürchtende Verschärfung der Leutenot auf dem Lande. Redner beantragt schließlich Verweisung der ganzen Vorlage an eine Kommission in der Hoffnung, daß man dort doch noch zu einer befriedigenden Regelung gelangen werde. (Lebhafter Beifall im Zentrum und rechts.) Dringend notwendig sei die Kanalisierung der Mosel und Saar, finanzielle Bedenken hinderten ihn aber, sofort einen dahingehenden Antrag zu stellen. — Abg. Graf Limburg (kons.) hat namentlich Bedenken gegen das Projekt des Dortmund-Ems-Kanals und seiner Nebenkanäle. Das ganze Projekt sei total unreif und müsse erst in der Kommission ausgearbeitet werden. Man sage, die Vorlage werde die Industrie dezentralisieren, d. h. doch nur, sie in Bezirke bringen, die bisher von ihr noch frei waren, und damit die Leutenot in der Landwirtschaft steigern. (Sehr richtig! rechts.) Was seine Freunde am meisten fürchteten, sei das System der Kompensationen. Man habe ja ein klassisches Beispiel für diese Politik: Erst habe man hauptsächlich mit preußischem Gelde den Nordostseekanal gebaut; Hamburg, das keinen Pfennig gegeben, sei gefördert, Lübeck und Stettin geschädigt worden. Danach habe Lübeck durch einen Kanal entschädigt werden müssen, gegen den seine Freunde allerdings gestimmt hätten. Er könne nicht anerkennen, daß die neue Vorlage besser als die alte sei, denn wenn das Teilstück bis Hannover gebaut werde, würde der Rest bald folgen. Er fürchte auch, daß die finanziellen Grundlagen nicht stimmen und daß die von den Interessenten übernommenen Baukosten zu niedrig bemessen seien. Die Regierung habe es unterlassen, die Reichsfinanzen sicher zu stellen und die bisherigen Handelsverträge nicht gekündigt. Solange die Reichsfinanzen nicht sicher gestellt seien, hätten seine Freunde die ernstesten Besorgnisse. Die Landwirtschaft befinde sich in ärgster Not; trotzdem wollten seine Freunde die Industrie nicht im Stich lassen und prüfen, ob sie im stande sein würden, nach neueren Aufklärungen ihre Bedenken zurückzustellen. (Lebhafter Beifall rechts.) — Abg. Dr. Rewoldt (freikons.) erklärt, seine Freunde ständen der Vorlage geteilt gegenüber. Wenn sich die Regierungen mit dem Erreichbaren begnügten, werde eine Verständigung wohl möglich sein. Sehr schwer werde sich die Emscher Tallinie erledigen lassen. Die Hauptfrage sei die, ob die Ermäßigung der Frachten für unseren wirtschaftlichen Konkurrenzkampf so wertvoll ist, daß wir das finanzielle Risiko tragen können. Dabei handle es sich noch darum, ob wir dieses Risiko überhaupt übernehmen können, denn so rosig, wie der Finanzminister unsere finanziellen Verhältnisse geschildert habe, seien sie nicht. — Weiterberatung morgen.

Berlin. (Priv.-Tel.) Beim Kaiser fand heute im Schlosse ein gemeinsamer Vortrag des Reichskanzlers, des Chefs des Großen Generalstabes und des Kriegsministers wegen der Truppenverstärkungen und des Oberbefehls für Südwestafrika statt. — Reichskanzler Graf Bülow, geboren am 3. Mai 1849, feierte heute seinen Geburtstag. Der Kaiser erschien persönlich zur Gratulation.

Berlin. (Priv.-Tel.) Der Kaiser hat sich für heute abend beim Reichskanzler, Grafen v. Bülow, zum Diner angesagt. — Der „Staatsanzeiger" publiziert amtlich die Erhebung des Ministers der öffentlichen Arbeiten Budde und des Präsidenten der Oberrechnungskammer Magdeburg in den erblichen Adelsstand. — Das Heroldsamt hatte einem in Berlin wohnenden reichsdeutschen Nichtpreußen, dem von seinem eigenen Landesherrn der Adel und der Freiherrntitel verliehen worden sind, verboten, sich dieser Titel in Preußen zu bedienen und veranlaßte, als er es doch tat, ein Strafverfahren gegen ihn. Das Kammergericht entschied, das Recht zur Führung von Adelstiteln sei nach dem Rechte des Heimatsstaates zu beurteilen, dem der Betreffende angehöre, nicht nach dem Rechte des Aufenthaltsstaates. In seinem Heimatsstaate sei der Angeklagte adlig und Freiherr, darum dürfe er sich der entsprechenden Titel in Preußen bedienen, wenn er als nichtpreußischer Reichsdeutscher in Preußen seinen Aufenthalt nehme.

Berlin. (Priv.-Tel.) Gutem Vernehmen der „Kolonial-Zeitschrift" nach sind die Verhandlungen betreffs Errichtung einer deutsch-ostafrikanischen Bank ihrem Abschluß nahe. Die Einrichtung des Betriebs soll noch in diesem Sommer erfolgen. Die wichtigsten Teilhaber bei dem neuen Unternehmen sind die Deutschostafrikanische Gesellschaft und das Mrogoro-bahn-Syndikat, d. h. unsere Großbanken.

Leipzig. (Priv.-Tel.) Den gestern begonnenen schriftlichen Prüfungen für die erste juristische Staatsprüfung unterziehen sich 134 Kandidaten. — Die Erklärung der Ortskrankenkasse auf die ihr von der Kreishauptmannschaft unterbreiteten Vorschläge ist heute der genannten Behörde eingereicht worden. Die Entscheidung der Kreishauptmannschaft wird morgen erwartet.

Halle (Saale). Das Kultusministerium beauftragte den germanischen Altertumsforscher Professor Herrmann in Torgau, mit staatlicher Unterstützung eine Studienreise nach Island zur Erforschung des nordischen Sagenkreises zu unternehmen.

Halle (Saale). (Priv.-Tel.) Zum Rektor der Universität für 1904/05 ist der Historiker Geh. Regierungsrat Professor Dr. Lindner gewählt worden.

Köln. Zur Förderung des Projektes des Mosel-Saar-Kanals erklärte die gestrige Vorstandssitzung des wirtschaftlichen Vereins der im Saargebiet vertretenen Eisenhütten, die für den Saar-Kanal erforderliche Zinsgarantie von 530 000 Mk. jährlich auf 10 Jahre übernehmen zu wollen. Diese Garantie ist jedoch an die Bedingung geknüpft, daß die Regierung bis zum 1. Juli 1906 die Mosel- und Saar-Kanalvorlage an den Landtag bringt und diesen Bau zur unmittelbaren Ausführung übernimmt.

Innsbruck. In Meran kam es am Sonnabend und gestern anläßlich der Aushebung Militärpflichtiger zu Ruhestörungen. Die Polizei, die gegen die johlenden Rekruten sehr scharf vorging, blieb machtlos, da die Bürgerschaft für die Rekruten Partei ergriff. Am Sonntag schafften Militär und Gendarmerie Ruhe. Während der gestrigen Sitzung der Stadtvertretung erneuerten sich die Unruhen. Die Feuerwehr, die gerade eine Uebung abhielt, überschüttete die Rekruten mit einem Wasserstrahl, und das Militär sperrte die Straßen ab. Erst um 2 Uhr nachts trat Ruhe ein.

Straßburg (Elsaß). Auf Schloß Urville sind mehrere Fälle von Typhuserkrankungen festgestellt worden. Dadurch ist es zweifelhaft geworden, ob der geplante Besuch des Kaisers in Urville zur Ausführung kommen wird.

Hamburg. (Priv.-Tel.) Der Dampfer „Zazpiratbat" stieß unweit Falmouth mit dem Dampfer „Crefyl" zusammen. 13 Personen der Besatzung ertranken.

Wien. Abgeordnetenhaus. Nach der wörtlichen Verlesung des Einlaufs, die bis 12¼ Uhr dauerte, ergab sich bei einer namentlichen Abstimmung über einen Antrag, betr. Petitionen, die Beschlußunfähigkeit des Hauses, da nur 89 Abgeordnete ihre Stimme abgaben. Hierauf wurde die Sitzung geschlossen.

Paris. In Marseille sind 105 Schiffe ohne Bemannung. Die Zahl der Arbeitslosen, die die Stadt durchziehen, übersteigt 3000.

Lüttich. Die Zahl der gegenwärtig in Belgien feiernden Glashüttenarbeiter beträgt 7500.

Kopenhagen. In gutunterrichteten Kreisen verlautet, König Alfons von Spanien werde in diesem Sommer dem hiesigen und dem Stockholmer Hofe einen Besuch abstatten.

St. Louis. Auf dem Mississippi brach das Oberdeck des Kreuzers „Nashville" infolge Ueberlastung ein, und 80 Personen stürzten ins Unterdeck. Die meisten wurden verwundet, mehrere sind tödlich verletzt worden.

(Nachts eingehende Depeschen befinden sich Seite 4.)

Frankfurt a. M. (Schluß.) Kredit 201,80. Diskonto 184,30. Dresdner Bank —,—. Staatsbahn —,—. Lombarden —,—. Laurahütte —,—. Ungar. Gold —,—. Portugiesen —,—. Türkenlose —,—. Behauptet.

Paris. (3 Uhr nachmittag. Rente 97,05. Italiener 102,65. Spanier 81,96. Neue Portugiesen 59,90. Türken (unific. Anleihe) 83,02½. Türkenlose 122,25. Ottomanbank 579,—. Suezkanal —,—. Lombarden —,—. Fester.

Paris. Produktenmarkt. Weizen per Mai 21,25 per Septbr.-Dezbr. 20,55, behauptet. Roggen per Mai 18,75 per Septbr.-Dezbr. 15,—, ruhig. Rüböl per Mai 43,—, per September-Dezember 46,25, matt.

Amsterdam. Produkten-Bericht. Weizen per April —,—, per Mai —,—, Roggen per April —,—, per Mai —,—. Geschäftslos.

Oertliches und Sächsisches.

— Se. Königl. Hoheit der Kronprinz hat als Ehrenvorsitzender des Exportvereins für das Königreich Sachsen anläßlich des Hinscheidens des Herrn Kommerzienrats Lindemann des langjährigen Vorsitzenden des Vereins, der Witwe ein Telegramm zugehen lassen, in dem er ihr sein tiefgefühltes, aufrichtiges Beileid ausspricht.

— Dem Königl. Kammervirtuos Böckmann ist der Titel „Professor" und dem Professor Schmole, Pianist und Lehrer am Königl. Konservatorium, der Albrechtsorden 1. Klasse verliehen worden.

— Se. Majestät der König hat genehmigt, daß der Bahnhofsinspektor 2. Klasse Franz in Neumark das Fürstl. Reußische ä. L. Ehrenkreuz 4. Klasse annehme und trage.

— Der Kaiser hat dem Reichsgerichtsrat Dr. Wyspomirski bei dessen Ausscheiden aus dem Reichsdienste den Roten Adlerorden 3. Klasse mit der Schleife, der Großherzog von Mecklenburg-Schwerin dem Senatspräsidenten beim Reichsgericht v. Buchwald das Großkomturkreuz des Hausordens der wendischen Krone verliehen.

— Der Direktor der Aktiengesellschaft Lauchhammer, Joseph Hallbauer, ist zum königl. preußischen Kommerzienrat ernannt worden.

— Wie bereits kurz erwähnt, ist am 30. April der Oberkriegsgerichtsrat beim Oberkriegsgericht des 12. Armeekorps, Herr Oberjustizrat Dr. Mücke, gestorben. In den sächsischen Zivilstaatsdienst trat er am 1. Oktober 1879 als Referendar beim Amtsgericht Riesa ein und wurde als solcher bei der Staatsanwaltschaft Chemnitz, dem Amtsgericht und dem Landgericht daselbst und später beim Amtsgericht Treuen beschäftigt. Im Jahre 1889 wurde er Assessor bei diesem Gerichte, dann bei der Staatsanwaltschaft Chemnitz und 1894 Staatsanwalt bei der Staatsanwaltschaft Chemnitz und Leipzig. Von 1898 bis April 1899 war er Hilfsarbeiter im Justizministerium. Am 1. Mai 1899 wurde Dr. Mücke zum Ober- und Korpsauditeur beim Gericht des 12. Armeekorps, mit dem Titel Justizrat, am 1. Oktober 1900 zum Oberkriegsgerichtsrat mit dem Titel und Rang als Oberjustizrat beim Oberkriegsgericht des genannten Armeekorps ernannt. Der Verstorbene stand im 50. Lebensjahre.

— Landtagsverhandlungen. Erste Kammer. Unter den Eingängen der Registrande befinden sich die in der Frage der Wahlrechtsänderung von der Zweiten Kammer gefaßten Beschlüsse, ingleichen die Anträge Ahnert, Andrä und Genossen auf veränderte Zusammensetzung der Ersten Ständekammer. Der Präsident bemerkt dazu, daß er zwar die Materie der ersten Deputation behufs weiterer Beratung überweise, dabei aber schon jetzt glaube, daß die Deputation kaum in der Lage sein werde, angesichts der ganzen Geschäftslage des Landtags und infolge des späten Termins der Beschlußfassung in der Zweiten Kammer, noch in gegenwärtiger Session einen Bericht über diese Angelegenheit zu erstatten, wenigstens nicht mit der Gründlichkeit, wie es dem Ansehen und der Würde des Hauses entspricht. (Lebhafter Beifall.) — Zu dem Königl. Dekret Nr. 8, Gesetzentwurf über die Aufhebung einer Bergbegnadigung betr., referiert für die erste Deputation Rittergutsbesitzer v. Trebra-Lindenau zu Neustädtel. Die Kammer nimmt den gesamten Gesetzentwurf mit den von der Zweiten Kammer beschlossenen Abänderungen debattelos an und läßt eine Petition der Bevollmächtigten verschiedener Bergreviere auf sich beruhen. — Zu dem Königl. Dekret Nr. 26, den Entwurf zu einem Gesetze über das ältere Landesstrafrecht betr., berichtet namens der ersten Deputation Universitätsprofessor Geh. Rat Dr. Wach-Leipzig. Die Kammer nimmt auch diesen Gesetzentwurf debattelos an. — Nächste Sitzung heute mittag 12 Uhr.

Den gestrigen Verhandlungen der Zweiten Kammer wohnten an den Regierungstischen außer den Herren Staatsministern v. Metzsch, Dr. v. Seydewitz und Dr. Rüger noch 17 Königl. Kommissare bei. Auf der Tagesordnung steht zunächst die Schlußberatung über den Rechenschaftsbericht und zwar zu C, Uebersicht der Ausgaben und Reservate des außerordentlichen Staatshaushaltsetats in der Finanzperiode 1900/01. Berichterstatter Abg. Dr. Vogel-Dresden (nat.-lib.): Die Deputation habe zum ersten Male auf Einzelheiten eingehen können, weil ihr diesmal das Prüfungsergebnis der Oberrechnungskammer vorgelegen habe. Die am Schlusse des Berichts aufgestellten Leitsätze möchten für den Fall, daß das Komptabilitätsgesetz in dieser Session nicht zur Verabschiedung gelange, Beachtung finden. Die Rechenschaftsdeputation habe das feste Vertrauen zum jetzigen Finanzminister, daß er solche Ueberschreitungen, wie sie hier vorgekommen seien, nicht mehr dulden werde. Redner empfiehlt vor allem Annahme des Schlußantrags, der Regierung nur für diejenigen Titel Entlastung zu erteilen, von denen abgeschlossene und von der Oberrechnungskammer nachgeprüfte Rechnungen vorliegen „und für welche Nachpostulate nicht noch zu genehmigen oder zu erwarten sind". Finanzminister Dr. Rüger: Er sei von dem Berichte nicht gerade freudig überrascht gewesen. Dieser sei in einem sehr wenig entgegenkommenden Tone gehalten. Das rechne er nicht dem Berichterstatter an, das sei Sache des Temperaments. Er bedauere nur, daß die Rechenschaftsdeputation es nicht für der Mühe wert gehalten habe, die Regierung über die wichtigsten Punkte zu hören. Er habe doch den ernstesten Willen, in den Finanzen Ordnung zu schaffen, und es solle nichts verhohlen werden; aber bei einer Verwaltung, die mit Hunderten von Millionen und mit Tausenden von Beamten zu rechnen habe, könne es schon vorkommen, daß einmal ein Beamter nicht ganz richtig und nach dem Willen der Regierung wirtschafte. Wenn die Deputation sich auf diesen allgemeinen Standpunkt gestellt hätte, wäre zu erwarten gewesen, daß sie sich nicht in so scharfen Ausdrücken erginge. Er sei stets bereit gewesen, den Deputationen den gewünschten Nachweis ausführlichst zu geben, und auf diesem Wege wäre es möglich gewesen, eine ganze Reihe von schiefen Urteilen, die der Bericht enthalte, auf das richtige Maß zurückzuführen. Zuerst habe er die Absicht gehabt, den Bericht an die Deputation zurückverweisen und ihn von der heutigen Tagesordnung absetzen zu lassen; er wolle aber sehen, ob sich eher etwas erreichen lasse, wenn er eine Reihe Einzelheiten des Berichts berichtige. Zu Titel 46 und 48, betreffend den Bau einer normalspurigen Nebenbahn von Kohlmühle nach Hohnstein und desgleichen von Cranzahl nach Oberwiesenthal, über die die Rechnung noch nicht endgültig abgeschlossen ist und zu welchen der Bericht Nachpostulate fordert, bemerkt der Minister: Wegen dieser Bahnbauten habe die letzte Ständeversammlung keine Einwendungen erhoben, also auch wegen des Mehraufwandes der Regierung Entlastung erteilt, weil sie den Nachweis über die erfolgten Ueberschreitungen als genügend angesehen habe. Die Regierung könne deshalb die Notwendigkeit, nachträglich noch Nachpostulate für diese Titel einzubringen, nicht anerkennen. Bezüglich des Baues der Sekundareisenbahn von Löbau nach Weißenberg werde der Regierung der Vorwurf gemacht, daß sie 33⅓ Prozent der veranschlagten Kosten gespart habe. Er sei diesem Vorwurfe noch nicht sehr oft begegnet. (Heiterkeit.) Die Begründung des Minderaufwands sei seiner Ueberzeugung nach in dem Rechenschaftsberichte sehr klar gegeben. Er warne davor, aus solchen Punkten heraus gegen die Regierung Vorwürfe zu erheben. Wenn ein Voranschlag nicht einmal unterschritten werden dürfe, dann komme es dazu, daß die Voranschläge auf jeden Fall falsch gemacht würden, und das einmal bewilligte Geld werde dann schon verausgabt werden. Der Herr Minister kommt dann auf die von der Deputation gestellten Leitsätze des einzelnen zu sprechen und erklärt sie für überflüssig oder als mit dem von der Zweiten Kammer bereits verabschiedeten Komptabilitätsgesetze nicht vereinbar. — Berichterstatter Abg. Dr. Vogel: Es sei etwas Ungewöhnliches, daß der Minister sich mit der Person des Berichterstatters befasse, er sei bisher der Ansicht gewesen, daß derartige Berichte nicht von der Person, sondern von der betreffenden Deputation gedeckt würden. Wenn der Herr Minister glaube, daß mit dem unfreundlichen Tone, den er im Bericht entdeckt habe, eine persönliche Absicht vorliege, so müsse er diese Ansicht zurückweisen. Als Mitglied der Deputation und als Berichterstatter habe er die Pflicht, dasjenige, was nach Ueberzeugung der Deputation mit den bestehenden Gepflogenheiten und den Interessen des Landes nicht in Uebereinstimmung stehe, im Bericht auszusprechen. Dieses Recht der Stände nehme er auch für sich in Anspruch. Regierungskommissare seien zu den Verhandlungen hinreichend hinzugezogen worden. Ueber einige Punkte des Berichts, die der Minister heute berichtigt habe, habe er sich mit ihm persönlich verständigt, und er habe damals nichts zu entgegnen gehabt. Wenn also Fehler darin enthalten seien, trage nicht er die Schuld, sondern der Herr Minister selbst. Redner weist dann die übrigen Berichtigungen des Ministers zurück und bemerkt zu dem 33⅓-prozentigen Minderaufwand beim Bahnbau Löbau—Weißenberg, das sei doch ein bedenkliches Zeichen für die Genauigkeit und Zuverlässigkeit der vorgelegten Kostenanschläge. Wenn derartige Abweichungen nach oben oder unten als ganz selbstverständlich mit in Kauf genommen werden müßten, dann schwebe das ganze Bewilligungsrecht der Stände in der Luft. Er sei ganz erstaunt über die Stellung, die der Herr Minister ihm gegenüber heute eingenommen habe und bedauere, daß man um seiner Person willen versucht habe, die Angelegenheit zu einer solchen scharfen zu gestalten. — Finanzminister Dr. Rüger: Wenn der Bericht einmal gedruckt sei, lasse sich, zumal wenn der Landtag so stark beschäftigt sei wie gegenwärtig, nichts mehr daran ändern. Er erinnere sich wohl auf Gespräche, die er mit dem Berichterstatter gehabt habe, müsse es aber ablehnen, sich auf die damals gemachten Erklärungen zu binden. Die Deputation habe jedenfalls nicht den richtigen Weg gewählt, wenn sie ihn mitten im Drange der Geschäfte auf Einzelheiten ihres Berichts aufmerksam gemacht habe. Ihm habe nichts ferner gelegen, als sich gegen die Person des Berichterstatters zu wenden. — Abg. Hähnel-Kuppritz (kons.): Den heutigen Verlauf der Angelegenheit habe er vorausgesehen. Der Bericht zeuge von einer gewissen Schneidigkeit. Diese habe zwei Seiten, deren eine man in der eben gehörten Kontroverse kennen gelernt habe, deren andere aber dem Berichterstatter vielleicht etwas zum Troste gereichen könne. Der heutige Bericht sei nämlich vor längerer Zeit schon in einem Leipziger Blatte angekündigt worden als etwas, das die Morgenröte einer besseren Zeit heraufbeschwören werde. Eine ähnliche Indiskretion bei demselben Blatte habe einen ähnlichen Verlauf genommen. Eine allzu liebenswürdige Parteipresse dürfe sich mit Rücksicht auf den jeweiligen Parteigenossen nicht zu solchen überschwänglichen Lobpreisungen hergeben. Redner geht dann auf die von der Deputation aufgestellten Leitsätze ein und meint, daß sie überflüssig wären, denn selbst dann, wenn das Komptabilitätsgesetz nicht zur Verabschiedung gelange, werde man in dem Beratungsstoff über dieses Gesetz viel wertvolleres Material haben, als in diesem Torso, der hier vorgelegt werde. (Hört, hört!) Falle die einschränkende Bestimmung in dem Schlußantrage nicht, so wäre es besser, den Bericht an die Deputation zurückzugeben. (Während dieser Rede finden lebhafte Verhandlungen zwischen dem Präsidenten Dr. Mehnert und dem Vizepräsidenten Dr. Schill mit dem Vorsitzenden der Rechenschaftsdeputation Dr. Schober und dem Berichterstatter Dr. Vogel statt.) — Abg. Günther-Plauen (freis.) bezeichnet die in dem Bericht geübte Kritik als ganz zutreffend. Wohin kämen die Vertreter des Volkes, wenn sie alles ruhig hinnehmen sollten. — Nach einer